Politische Rundschau.

Deutschland.

*Kaiser Wilhelm hat den in Berlin weilenden türkischen Minister-Präsidenten Rifaat-Pascha in längerer Audienz, der auch der Reichskanzler beiwohnte, empfangen.

*Die Verhandlungen des Reichsschatzsekretärs mit den Parteiführern über die Reichsfinanzreform dauern fort, ohne daß noch vorausgesehen werden kann, zu welchem Ergebnis sie führen werden. Ob eine Einigung über die direkten Steuern erzielt werden kann, steht ebenfalls noch nicht fest. Ebenso entbehren die Gerüchte, die von einer Quittungssteuer, von einer Streichholzsteuer und ähnlichen Dingen berichten, jedweder Begründung. Es mögen derartige Pläne neben andern vielleicht erwogen werden, aber sie sind noch keinesfalls spruchreif.

*Die Finanzkommission des Reichstages hat die vorgeschlagene Inseraten- und Plakatsteuer beraten und sie nach eingehender Beratung mit großer Mehrheit abgelehnt. Da auch die Regierung zu erkennen gab, daß sie diesen Steuervorschlag als aussichtslos ansieht, so kann die Inseratensteuer schon jetzt als endgültig gefallen angesehen werden.

*Die Finanzkommission des Reichstages hat das Weinsteuergesetz einer Unterkommission, die auch über die Besteuerung alkoholfreier Getränke beraten soll, überwiesen.

Österreich-Ungarn.

*Im ungarischen Abgeordnetenhause erklärte ein Abgeordneter gelegentlich einer Besprechung der kritischen Lage: „Wir brauchen vor dem europäischen Konzert nicht zu erschrecken. Italien wird den Dreibund nicht sprengen. Deutschland steht uns zur Seite und Kaiser Wilhelm hält neben uns aus in deutscher Treue." Bei diesen Worten brachen die Abgeordneten ohne Parteiunterschied in stürmische Hochrufe auf Kaiser Wilhelm aus.

Frankreich.

*Die Postbeamten der meisten großen Städte Frankreichs haben den Generalstreik begonnen. Dadurch ist der Telegraphen- und Telephonverkehr sowohl im Inlande wie nach dem Auslande teilweise gestört. Infolge des Ausstandes, an dem auch die Briefträger beteiligt sind, herrscht allgemeine Verwirrung. Fünf Millionen Briefe liegen da, ohne befördert zu werden. Die Militärtelegraphisten sind ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Tausende Depeschen werden mit der Eisenbahn über die Grenze geschickt und dann erst weitertelegraphiert. Auch die Postbeamten für Drucksachen stellten die Arbeit ein und hinderten die Briefträger am Austragen der Briefe. Die Streikenden veranstalteten lärmende Kundgebungen, wobei sie den Unterstaatssekretär Simyan verhöhnten, und gingen nicht eher auseinander, bis sie das Versprechen erhalten hatten, daß die Briefe nicht ausgetragen würden.

Italien.

*Königin Helena hat sich, wie erst jetzt ärztlich berichtet wird, anläßlich ihres Besuches auf der Erdbebenstätte in Süditalien im Gedränge einen Rippenbruch zugezogen. Die Königin klagt über heftige Schmerzen und fiebert.

Schweden.

*Wie verlautet, ist das durch den Rücktritt des Herrn v. Trolle erledigte Ministerium des Äußern dem Gesandten in Berlin, Grafen Taube angeboten worden. Den wichtigen Gesandtschaftsposten in Berlin wird der ausgeschiedene Minister v. Trolle übernehmen, der einige Jahre dort Attaché bei der damals schwedisch-norwegischen Gesandtschaft war.

Balkanstaaten.

*Die bulgarische Regierung ist in Petersburg wegen sofortiger Anerkennung der Unabhängigkeit des Fürstentums erneut vorstellig geworden.

Asien.

*Die chinesische Regierung hat amtlich bekannt gemacht, daß die Streitfragen zwischen Rußland, China und Japan betr. den Handel in der Mandschurei zufriedenstellend gelöst seien. Infolgedessen sind in Charbin seit langer Zeit zum erstenmal wieder die chinesischen Kaufläden geöffnet worden.

Serbien am Scheidewege.

Nachdem Rußland in einer Note an die österreichische Regierung erklärt hat, es werde unter allen Umständen verlangen, daß die bosnisch-herzegowinische Frage auf einer Konferenz der Mächte verhandelt werden soll, hat man in Serbien, wo man einige Tage lang dem Frieden zuzuneigen schien, neuen Mut geschöpft.

Die Stimmung ist wieder kriegerisch

und herausfordernd und besonders die Presse gefällt sich in einer wüsten Kriegshetze. Das Regierungsorgan ‚Samonprava' schreibt z. B. höhnisch: „Man müsse es in Serbien bedauern, daß man in Wien sehr nervös geworden und infolgedessen die nötige Ruhe für die richtige Beurteilung der Sachlage verloren habe. Dies könne jedoch Serbien vom richtigen Wege, den es eingeschlagen, nicht abbringen und wenn die Verhältnisse auf dem Balkan nicht die günstige Entwickelung nehmen, werde Österreich-Ungarn dafür verantwortlich sein, daß seine Wünsche als seine Rechte betrachte und für die Rechte andrer taub sei. Wie unberechenbar die österreichische Politik sei, gehe daraus hervor, daß, als Serbien nach der Angliederung Bosniens in einer Note dagegen Einspruch erhob, der österreichisch-ungarische Minister Frhr. von Ahrenthal die Entgegennahme dieser Note verweigerte, weil Serbien als Nichtunterzeichner des Berliner Vertrages keinerlei Rechtstitel auf solchen Einspruch besitze, jetzt aber, wo Serbien durch seine Erklärung seinen ursprünglichen Standpunkt aufgegeben und seine Sache Europa überläßt, erkennt Baron Ahrenthal den früheren in Abrede gestellten Rechtstitel an und fordert Serbien unter Drohungen auf, sich über die Angliederungsfrage im Sinne der Wünsche der österreichischen Politik zu äußern." — Alle übrigen Blätter befassen sich mit den Auslassungen der österreichischen Presse über die serbische Antwort und der zu erwartenden neuen österreichischen Note, die sich Baron Ahrenthal ersparen könne, da Serbien weder weiter nachgeben könne noch werde. Serbien habe den Krieg mit Österreich nie gefürchtet und fürchte ihn jetzt noch weniger, erwarte ihn vielmehr mit Ungeduld. — Dieser herausfordernde Ton der serbischen Presse ist zweifellos hauptsächlich die Folge der Haltung eines Teiles der englischen, französischen und russischen Blätter, deren für Serbien günstige Auslassungen wiedergegeben und verwertet werden.

Aber besonders schürt der serbische Kronprinz das Feuer. Trotz des Verbotes des Königs hält er aufreizende Reden und hat die Minister teilweise für sich gewonnen. Der Kriegsrat ersuchte den Kronprinzen, er möchte den König davon verständigen, daß die Armee sich freue, in ihren Reihen einen Königssohn zu haben, der mit den Ansichten und Bestrebungen des serbischen Volkes vollkommen übereinstimme. Keine Regierung werde sich finden, die imstande sei, gegen die Armee und das Volk anzukämpfen. Infolgedessen sagte der junge Herr zu einer Versammlung von Offizieren:

„Ich bin glücklich, meinen Kameraden mitteilen zu können, daß die serbische Armee und ihre Offiziere mit vollster Zuversicht auf den Kriegsminister, den obersten Kommandanten, rechnen können. Die Führer der Armee sind fest entschlossen, keine Demütigung seitens Österreich-Ungarns zuzulassen, solange noch der letzte serbische Soldat im Felde steht."

Der Kronprinz hat auch geschickt das Gerücht verbreitet, Rußland werde jeden Angriff Österreichs gegen Serbien als Kriegsfall auffassen und eine derartige Erklärung sei von der russischen Regierung nach Wien gesandt worden. Rußland hat aber wiederholt in Belgrad den Entschluß mitgeteilt, daß im Falle eines Krieges zwischen Serbien und Österreich-Ungarn das Zarenreich sich jeder Einmischung enthalten werde. —

Die europäische Diplomatie ist noch immer bemüht, den drohenden Krieg zu verhindern. Das wird ihr durch Österreichs Haltung erleichtert, da man ihr in Wien erklärt hat, die Donau-Monarchie sei bereit, eine Konferenz über die Orientfrage unter folgenden Bedingungen zu besuchen: 1) Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens; 2) Anerkennung des Einvernehmens zwischen Österreich und der Türkei; 3) Abänderung des auf Montenegro bezüglichen Artikels 29 des Berliner Vertrages.

Besonders in Paris ist man noch immer der Meinung, daß ein friedlicher Ausgleich möglich sei, ja man glaubt dort sogar, daß Serbien auf Anraten der Mächte abrüsten würde. Die Entscheidung muß ja nun in wenigen Tagen fallen. Sie liegt in der Hand der serbischen Regierung, die mit einem Federzuge den bedrohten Frieden erhalten oder einen unglückseligen Krieg entfachen kann.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die Beratung des Militäretats fort. Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Vgg.) warnte vor Ersparnissen an falscher Stelle. Das deutsche Volk müsse gerüstet bleiben gegenüber jeder Gefahr. Und diese Gefahr werde kommen, trotz aller Friedenskongresse. Abg. Brandys (Pole) verlangte eine größere Rücksichtnahme auf die religiösen Bedürfnisse der katholischen Soldaten. Abg. Schrader (freis. Vgg.) meinte, das Deutsche Reich sei jetzt nicht mehr isoliert, seine Beziehungen zu Frankreich und England seien bessere geworden. Da sei es nicht mehr notwendig, eine so große Land- und Seemacht zu erhalten. Bräche ein Krieg auf dem Balkan aus, so müsse dieser lokalisiert und Deutschland nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Abg. Storz (südd. Vp.) erklärte die Stellungnahme seiner Partei zum Militäretat. Die dreijährige Dienstzeit bei der Kavallerie müsse beibehalten werden. Preuß. Kriegsminister von Einem betonte nochmals, das deutsche Volk habe allen Anlaß, stets vollauf gerüstet zu sein. Gegenüber den politischen Beschwerden stellte er fest, daß es der Heeresverwaltung fern liege, katholische Soldaten in überwiegend evangelische Gegenden zu verschicken. Nachdem noch Abg. Erzberger (Zentr.) zur Sparsamkeit auch im Militäretat gemahnt hatte, trat Vertagung ein.

Am 19. d. wird die Beratung des Militäretats, Titel „Kriegsminister", fortgesetzt.

Abg. Graf Carmer-Zieserwitz (kons.) warnt davor, sich als Laie über innere Heeresfragen ein sachverständiges Urteil anmaßen zu wollen. Was die Soldaten-Mißhandlungen anlange, so könne auch ein Unteroffizier, der den Tag über schwer gearbeitet habe, nervös werden. Jedenfalls sei die Sprache auf den Exerzierplätzen nicht so roh, wie die der Sozialdemokraten untereinander. Die frühen Pensionierungen seien bei den Offizieren angesichts der Anstrengungen begreiflich, die ihnen durch die zweijährige Dienstzeit zugemutet würden. An den Kriegsminister richte er die Bitte nach möglichster Ausdehnung des Systems kleiner Garnisonen.

Abg. Noske (soz.): Wir leben in einer Zeit politischer Gewitterschwüle. Um so mehr wundere ich mich über die Angriffe, die der Kriegsminister wieder gegen die Sozialdemokratie gerichtet hat. Diejenigen Liberalen, die auf ihre Traditionen noch nicht ganz verzichtet haben, haben sich nicht abhalten lassen, Kritik zu üben und namentlich Sparsamkeit zu verlangen. Diese ist ja auch bei unsrer Finanzlage unerläßlich. Von ernsthaftem Sparen sieht man aber noch nichts. So in bezug auf die fürstlichen Adjutanten, gleich als ob die Fürsten ein verbrieftes Recht hätten. Ebenso in bezug auf die enormen Kosten für Dienstwohnungen der Generale. Wie vertragen diese sich mit den altgewohnten Traditionen preußischer Sparsamkeit? Was der Kriegsminister gestern gegen die Sozialdemokraten gesagt hat, ist eine direkte Aufhetzung gegen die Verfassung, eine Unterstellung der Sozialdemokratie unter ein Ausnahmerecht. Dabei braucht der Kriegsminister doch im Kriege auch die Sozialdemokratie! Niemals hat die Sozialdemokratie angestrebt, das Vaterland wehrlos zu machen. Wie kommt man also dazu, das immer wieder zu behaupten. Nur Mißstände im Heer wollen wir beseitigen. Nieder mit dem Militarismus!

Bayrischer Gen.-Major v. Gebsattel: Sie werden nicht erwarten, daß ich dem Abg. Noske auf alles antworte. Er hat aber von der wachsenden Kriminalität im bayrischen Heere gesprochen. Die Kriminalitätshöhe kann ich nicht bestreiten. Die Ursachen dafür anzugeben, genau, vermag weder ich, noch auch wohl ein andrer. Tatsache ist aber, daß die Delikte in der bayrischen Armee in der Hauptsache bürgerliche sind. Und da steht fernerfest, daß die militärische Kriminalstatistik sich von der zivilen Statistik nicht weit entfernt. Wenn gewisse Vergehen in Bayern häufig sind, so liegt das wohl auch daran, daß wir Bayern viel Temperament haben, besonders kriegerisch veranlagt sind.

Sächsischer Oberst v. Salza u. Lichtenau legt einen von dem Abg. Noske berührten Mißhandlungsfall näher dar. Der Mißhandelte, der zu anhaltendem Laufschritt genötigt und dabei zusammengebrochen sei, sei krank gewesen. Das habe aber der betr. Unteroffizier infolge des rätsigen Aussehens des Betreffenden nicht gewußt.

Abg. Hagemann (nat.-lib.) tritt dem Abg. Noske gleichfalls gegenüber und verurteilt die antimilitärische Propaganda der Sozialdemokratie. Hoffentlich wird die jetzt zugesagte Beseitigung der Bevorzugung des Adels bald durchgeführt. Die Bestrebungen der Kriegervereine möge der Minister tatkräftig unterstützen.

Abg. Kopsch (freis. Vp.): Herr Erzberger meinte gestern, der Militäretat sei das Ende der Sparsamkeit. Hat das Zentrum früher erhebliche Abstriche beantragt? Rührt die Finanznot nicht gerade aus der Zeit her, da das Zentrum regierende Partei war? Daß wir 8,7 Millionen gestrichen haben, rechnet er nicht. Auch die Sozialdemokratie hat in der Kommission nicht einen einzigen Antrag auf Abstriche gestellt. Warum hält man die Juden so ängstlich vom Offizierkorps fern? Wie vielen jungen Gewerbetreibenden ist der einjährig-freiwillige Dienst ermöglicht worden? Die Art der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch den Minister ist uns bedenklich. Nicht jeder, der einen rohen Stimmzettel abgibt, ist ein überzeugter Sozialdemokrat. Wie will man Sozialdemokraten vom Unteroffizierstand fernhalten? Klar kann doch unmöglich der Polizei, wie es in Hagen leider geschehen ist, Gesinnungsschnüffelei übertragen. So lange wir Stichwahlen haben, kann die Wahl eines Sozialdemokraten für einen Reserveoffizier in Betracht kommen. Die Zahl der Regimenter mit nur adligen Offizieren hat leider noch zugenommen.

Kriegsminister v. Einem: Herr Noske meinte vorhin, ich hätte mich bei den Ausführungen des Abg. Schrader in der Klemme befunden. Das war sehr schwach! Herr Schrader hat ja nicht einmal die Armee angegriffen. Und da sollte ich in der Klemme sein? Ich habe auch die Sozialdemokratie nicht gerügt. Ist es etwa nicht wahr, daß Sie den politischen Eid, den Fahneneid nur als Zwirnsfaden, als bloße Form bezeichnet haben? Auer hat es getan, Goldstein, Bebel 1891 in Lübeck. Und die ‚Leipziger Volkszeitung' hat geschrieben, daß der politische Eid für die Sozialdemokratie keine Bedeutung habe! Habe ich da also nicht bloß die Wahrheit gesagt? Wir zwingen keinen, zu dienen als Sklaven. Das Dienen ist nur seine geschuldete Pflicht, die er zu erfüllen hat. Sie wollen den jungen Leuten Abscheu vor dem Heere beibringen. Herr Bebel hat sein Leben lang gearbeitet, den Staat zu stürzen. Und Herr Kautsky empfiehlt den Reservisten für den Kriegsfall Dienstverweigerung. Redner verliest entsprechende Stellen aus Kautskys Rede ein, u. a. darauf, daß ein Unteroffizier einen Untergebenen gezwungen habe, Pferdemist mit den Händen wegzuschaffen. Nicht der Befehl des Unteroffiziers war eine Schande, sondern die Schande war die Art, wie der ‚Vorwärts' diese Sache verwertet hat. Daß Herr Noske die Mißhandlung verurteilt hat, freut mich. Er sollte nun aber auch entsprechend auf seine Parteigenossen einwirken. Herr Müller-Meiningen hält eine umfassende Änderung des Militärstrafrechts für nötig. Ich scheue mich jetzt daran heranzutreten, so lange eine Reform des allgemeinen Strafrechts noch in Arbeit ist. Wir würden dann unsre Arbeit nochmals wiederholen müssen. Liegt aber die Reform des Strafrechts vor, so werden wir allerdings auch an eine

Revision des Militärstrafrechts

herantreten müssen. Auch eine Reform des Beschwerderechts verlangt Herr Müller. Ich erwidere ihm: Schon jetzt steht dem Soldaten frei, bei wem er seine Beschwerde anbringen will, beim Leutnant oder Kompaniechef. Die Beschwerde geht nicht mehr durch den Unteroffizier. Auch das Ehrengerichtswesen ist vollkommen geregelt, vor allem auch dadurch, daß der betreffende Offizier sich eingehend verteidigen kann. Herr Kopsch klagte wieder über Nichtannahme von Juden als Reserveoffiziere. Es gibt aber kein Gesetz, daß eine Zurückweisung aus konfessionellen Gründen erfolgen dürfe. Ich bleibe dabei, ist ein Jude tüchtig und sonst qualifiziert, so soll man ihn auch zum Reserveoffizier machen. Den Fall Brahand werde ich nochmals untersuchen. Der Minister bestreitet dann namentlich die Begründetheit der Erzbergerschen Klagen über das Lieferungsgewerbe für Armeebedarf.

Die Weiterberatung wird vertagt.

Um eine Fürstenkrone.

36] Roman von Reinhold Ortmann.

(Fortsetzung.)

„Und warum nicht, wenn es erlaubt ist, danach zu fragen? Haben Sie für diese Behauptung eine ebenso hübsche Motivierung bei der Hand, als für die vorige?"

„Du wirst ihn nicht gewinnen, Raffaella, weil er ein Ehrenmann ist und weil er dich verachtet."

Sie warf stolz den Kopf empor und erhob gebieterisch ihren Arm. „Hinaus!" rief sie. „Ich sehe, daß ich Unrecht tat, nicht sogleich meinen Diener herbeizurufen, als Sie sich durch dreisten Betrug den Zutritt zu erschleichen wußten, der Ihnen sonst nimmermehr gestattet worden wäre. Man täte wahrlich gut, Leute von Ihrer Art in einem Irrenhause unterzubringen."

Paul Wismar leistete ihrem Befehle nicht Folge; er blieb auf seinem Platz an der Tür, durch die halbe Breite des Zimmer von ihr getrennt.

„Ja, in einem Irrenhause!" wiederholte er, mehr voll tiefen Schmerzes als im Tone des schwer Beleidigten. „Wer weiß, ob dies nicht wirklich eines Tages das Ende sein wird — das Ende, das dir, wie es scheint, so überaus erwünscht wäre. Und da hättest sogar das Verdienst, es ganz allein herbeigeführt zu haben. Aber ich fürchte, Raffaella, daß du dann nicht mehr die rechte Freude haben würdest an deinem Triumph. Das mag ja in diesem Augenblick deine wirkliche Meinung sein, daß alle Liebe für mich in deinem Herzen erloschen sei; aber ich wiederhole dir, daß es doch nur ein Selbstbetrug ist, dem du dich damit hingegeben hast, und daß dich nach dem kurzen Traum nichts andres erwartet, als ein namenlos demütigendes Erwachen. Warum willst du dich aber dieser Erniedrigung aussetzen, da es doch in deine Wahl gegeben ist, wie eine Königin zu herrschen. O Raffaella, du würdest keinen treueren Sklaven haben als mich! Was du mir auch angetan hast, ich liebe dich noch immer; und du — du kannst sie ja noch nicht vergessen haben, jene Stunden der Seligkeit, da deine Lippen so süß zu flüstern und so heiß zu küssen wußten! Erinnere dich, was ich damals war — sieh' mich an, was durch dich aus mir geworden ist — und wenn nicht aus Liebe, so aus Barmherzigkeit sprich es aus, das einzige kleine Wort —"

Mit erhobenen Händen war er während seiner letzten, wie in der Ekstase hervorgestoßenen Worte näher und näher auf sie zugetreten. Raffaella aber hatte den Klang einer draußen angeschlagenen Glocke vernommen, und ihr Blick war, an dem Schauspieler vorbei, starr auf die Tür des Zimmers gerichtet. Sie rührte sich auch nicht, als Wismar ihr bereits ganz nahe war, augenscheinlich willens, sich ihr zu Füßen zu werfen oder sie zu umarmen. In dem Moment jedoch, da die Tür geöffnet wurde und eine stattliche, blondbärtige Männergestalt auf der Schwelle erschien, schrie sie laut auf und warf sich mit der Hilflosigkeit eines geängstigten Kindes dem Eintretenden an die Brust.

„Helfen Sie mir! Schützen Sie mich vor diesem Wahnwitzigen!" flehte sie. „Er wird zum zweiten Male versuchen, mich zu töten."

Wortlos hielt Hermann Mohrungen die Zitternde umfangen, deren Gestalt sich so eng an ihn geschmiegt hatte, als fühle sie sich nur in seinen Armen sicher vor jeder Gefahr. Mit erstauntem, fragenden Blick sah er zu dem Schauspieler hinüber, der die erhobenen Hände langsam hatte sinken lassen, und dessen Gesicht in diesem Moment fahl und hager war wie das eines Sterbenden.

Er war im Begriff, eine Frage an ihn zu richten, doch Paul Wismar kam ihm zuvor.

„Sie wissen, Frau Gräfin, daß dies nicht meine Absicht war," sagte er mit gepreßt klingender Stimme, „aber wenn es Ihnen zweckmäßig erscheinen sollte, mich dessen anzuklagen, so werde ich nicht widersprechen. Der Worte aber, die ich vorhin zu Ihnen gesprochen, werden Sie sich in bitterem Herzeleid eines Tages erinnern, wenn es zu spät ist, die Warnung zu beherzigen, die in ihnen lag."

Er ging hinaus, ohne daß ihm von einem der beiden andern eine Antwort zuteil geworden wäre. Raffaella atmete schwer, und ihre Augen schlossen sich halb, als ob sie einer Ohnmacht nahe sei. Hingebender, willenloser noch als zuvor schien sie sich in Mohrungens Arm zu schmiegen. Und der junge Rechtsanwalt neigte sich zu ihrem schönen, blassen Gesicht herab.

Plötzlich aber durchzuckte es ihn wie ein Erschrecken vor sich selbst und vor den eigenen Gedanken. Er küßte Raffaella nicht, sondern er führte sie zu dem Ruhebett, und ehe die Gräfin es verhindern konnte, hatte er die silberne Glocke angeschlagen, die auf dem Tischchen daneben stand.

„Sie bedürfen nach dieser häßlichen Aufregung der Ruhe," sagte er. „Es ist unmöglich, daß wir jetzt von unsern Prozeßangelegenheiten sprechen, und ich werde mir die Freiheit nehmen, meinen Besuch morgen vormittag zu wiederholen."

Er winkte der Jungfer, die in der Tür erschien, näher zu treten und reichte Raffaella zum Abschied die Hand. Sie machte keinen Versuch, ihn zu halten.

„Ihr Erscheinen hat mich vielleicht vor einem großen Unglück bewahrt — ich danke Ihnen dafür," sagte sie leise. „Auf Wiedersehen bis morgen!"

Als er fort war, schickte sie mit einem gebieterischen Wort auch die Zofe wieder hinaus und sprang dann mit funkelnden Augen und geballten Fäusten empor.

„Wenn Wismar recht hätte! O, es wäre schmachvoll! Aber bei Gott, er sollte mich nicht ungestraft verachten dürfen!"

14.

Es war ein sonniger, windstiller Morgen, ungewöhnlich schwül und drückend für einen Junitag, als Mohrungen in einem einfachen Mietwagen durch das hohe Sandsteinportal von Schloß Hohenstein fuhr. Er gab dem Diener, der ihn empfing, seine Karte, damit er ihn bei seiner Herrin melde, und nach Verlauf einiger Minuten kam der Lakai mit